

OSTSEE-ZEITUNG GREIFSWALD

EINSEITIG – UNSACHLICH – STUR



Foto: Marco Herzog

von Sebastian Jabbusch

Gehörten auch Sie zu jenen Familien, die am 2. August mit ihren Kindern ins Greifswalder Schwimmbad wollten und vor verschlossenen Türen standen? Dann sind Sie einmal mehr der Greifswalder Ostsee-Zeitung auf den Leim gegangen. Die Lokalzeitung hatte mal eben so die Wiedereröffnung nach der jährlichen Reinigung des Freizeitbades um eine Woche vorverlegt. Verständlicherweise frustriert zogen Eltern und Kinder weiter.

Nun gut, wo gearbeitet wird, können Fehler auftreten und es wäre alles nicht der Erwähnung wert, wenn die Lokalzeitung sonst ihrer durch Landespressegesetz und Pressekodex auferlegten Verpflichtung nachkäme. Die Presse hat demnach an der demokratischen Willensbildung mitzuwirken. Dazu gehören auch die objektive Berichterstattung und das Abdrucken unterschiedlicher Meinungen. Der Leser soll sich eben eine eigene Meinung bilden können. Dies ist der grundlegende Unterschied zwischen der Presse in einer Demokratie und der in einer Diktatur. Gerade dann, wenn man wie in der Hansestadt das publizistische Monopol besitzt, haben die Verantwortlichen eine besondere Verpflichtung zur ausgewogenen Berichterstattung.

Greifswalds Schatten-ICE

Laut OZ-Lokalteil vom 26. Juli fährt ab Dezember dieses Jahres ein ICE von Stuttgart bis nach Greifswald. Tatsächlich – das recherchierte das Studentenmagazin webMoritz.de – gibt es keinen ICE. Nur eine IC-Verbindung wird nach Greifswald verlängert. Bis heute stellte die Redaktion die Meldung nicht richtig. Der Greifswalder Schatten-ICE schaffte es daher sogar ins Radio und fuhr noch Wochen später in einer PM der Jungen Union.

Doch als hätte es die politische Wende nicht gegeben, macht die Greifswalder Redaktion unter Federführung des Lokalchefs Reinhard Amler weiter wie bisher. Nur verkündet man heute nicht den Willen der SED, sondern den von CDU und Rathaus, also der Stadtverwaltung, so die Empfindung vieler Leser.

Ein Beispiel: Im Dezember 2004 berichtete der NDR über Machenschaften bei dem städtischen Bildungszentrum Greifswald (BiG). Mehrfach fragten die Lokalredakteure der OZ bei den NDR-Kollegen an, wann denn deren Beitrag veröffentlicht würde und vor allem welchen Inhalt er hätte. Am Tag der Ausstrahlung titelte die Greifswalder Zeitung „Alles nur eine unglaubliche Unterstellung“. Die Lokalzeitung berichtete dann täglich eine Woche lang mit positiven Meldungen über das BiG. Über die im NDR aufgedeckten Geschäfte zu Lasten des BiG erfuhr der Leser dagegen nichts.

Wahlkampf oder Wahlanalyse?

- **Montag:** OB König auf Foto zusammen mit Keglern (Lokalsport)
- **Donnerstag:** Greifswald bekommt möglicherweise Casper David-Friedrich Ausstellung – (König-Foto groß auf Seite 1)
- **Donnerstag:** OB König ist der einzige Kandidat auf dem Foto, der bei einer Wahlveranstaltung mit Jugendlichen erkennbar ist (auf Seite 2)
- **Samstag:** OB König Wahlkampfanzeige (auf Seite 1)
- **Dienstag:** OB König Wahlkampffoto zusammen mit Christian Wulff (u. Seite 1)
- **Mittwoch:** Ob König Wahlkampfanzeige (auf Seite 1)
- **Donnerstag:** OB König legt Hand auf im Bau befindliche Gasleitung nach Riems (groß auf Seite 1)
- **Freitag:** OB König Wahlkampfanzeige (auf Seite 1)
- **Samstag:** OZ-Wahlaufruf und OB-König Wahlkampfanzeige ähneln sich dramatisch und fließen ineinander über (beides auf Seite 1)
- **Sonntag:** OB König gewinnt über 60 % aller Stimmen

Ein weiteres Beispiel für die Einheit von OZ, CDU und Rathaus ist die Oberbürgermeister-Wahl 2008: In der Woche vor dem Wahltermin erschien jeden Tag auf Seite eins der Lokalausgabe entweder eine Anzeige der CDU (die wird bezahlt) oder aber ein Artikel mit großem Foto über die Aktivitäten des Dr. König (das ist gratis). Über solcherart Aufmerksamkeit hätten sich die anderen Kandidaten bestimmt auch gefreut. Eine kritisch-sachliche Aufarbeitung der Amtszeit des Bürgermeisters, ein Vergleich von Wahlversprechen und Erfolgen hingegen – all das fand nicht statt.

Ulrich Meyke ist über diesen Stil sauer. In seiner Freizeit betreibt er den [Ostsee-Zeitung-Blog](#) im Internet. In

über 4000 Einträgen deckt er fast täglich Schnitzer und Recherchefehler auf. Meyke arbeitete über zehn Jahre in der Lokalredaktion Greifswald. 2001 beschwerte er sich mehrfach über Qualitätsmängel bei Chefredaktion und Geschäftsführung. Als sich nichts veränderte, resignierte er und ging. Gegenüber der Initiative Tageszeitung e.V. erklärte er: „Selbst Grundprinzipien werden verletzt, die Gegenseite nicht gefragt, Kommentar und Bericht vermischt.“

Aber interne Kritik gibt es auch heute noch: „Die Berichterstattung z.B. über den WVG-Verkauf war eindeutig tendenziös“, erzählten dem Autor dieses Berichtes unabhängig voneinander zwei besorgte OZ-Redakteure aus der Rostocker Redaktion. Wer die Berichterstattung beobachtet, dem fällt auf, dass der Lokalteil zwar grob die Bedenken der Opposition nannte, ihnen jedoch nur wenig Raum für Erklärungen und Hintergründe einräumte.

Oft sind es kleine Formulierungen, welche die Tatsachen verzerren: Etwa bei der Überschrift „Gericht bestätigte WVG-Verkauf“ (8.8. 2008). Das Gericht beschäftigte sich nämlich nicht mit der Veräußerung der WVG-Anteile, sondern nur mit dem bürgerschaftlichen Verfahren - die Rechtmäßigkeit des Verkaufes wurde nicht „bestätigt“. Angeblich würde der Mieterverein den „WVG-Verkauf skeptisch sehen“, so die OZ vom 11.7. Tatsächlich lehnte die Interessenvertretung der

Pressekodex Ziffer 1:

„Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse“

Mieter ihn grundsätzlich ab. Mit Überschriften wie „Kommt jetzt der Geldsegen?“ (25.6.) begrüßte man den Verkauf schon vorab, die Artikel betonten dabei die von CDU und Stadtverwaltung verbreitete „Schuldenfreiheit“ der Stadt. Wichtige Fragen blieben jedoch unberücksichtigt.

Wer jedoch z.B. hinter den Käuferfirmen steckte, oder ob der Kaufpreis angemessen war, hierüber schwieg die OZ. Entsprechenden Recherchen und Hinweisen von Bündnis 90/Grünen ging man nicht nach.

Nur einmal nahm die Redaktion in einem Kommentar Stellung. Darin mahnte sie eine „richtungweisende Zukunftsentscheidung“ an. Es war den Redakteuren aus dem überregionalen Landesteil vorbehalten, auf die Gefahren hinzuweisen. Für sie war der Verkauf ein „Spiel mit dem Feuer“ (28.6). Die Lokalzeitung hingegen druckte am 1.7. 2008 eine Pressemitteilung der CDU ab, indem dieselben Bedenken der Verkaufsgegner vom CDU-Fraktionschef als „Verunsicherung“ und „falsche Interpretation“ diskreditiert werden. Andere Meinungen finden sich lediglich – wie so oft – nur in den Leserbriefen. Und dabei wird mitunter die Existenz der Verfasser bezweifelt. Greift man doch mal ein heikles Thema auf, fehlt oft das Kürzel der Redakteure. Ein anonymer Deckmantel aus Scheu vor Kritik?

Umgang mit Pressemeldungen:

Der Pressekodex schreibt auch vor, dass man Pressemitteilungen (PMs) als solche kennzeichnen. Nur erfahrene OZ-Leser erkennen PMs daran, dass sie keine Autorenkürzel haben. Doch darauf ist kein Verlass: Am 27. Februar 2007 etwa erschien unter der Überschrift „Uni warb mehr Geld für Forschung ein“ ein Artikel von Constanze Steinke. Die Autorin arbeitete jedoch damals als „Steinke + Hauptmann, PR- und Medienagentur GmbH“ für die Universität. Steinke platzierte mindestens zwei weitere PMs im Lokalteil ohne Kennzeichnung.

Umgang mit polit. Pressemeldungen:

Das funktioniert auch in der Politik. Am 27. Juni z.B. übernahm die OZ für den Artikel „Abstimmung zur WVG eine Woche später“ weite Teile einer Pressemitteilung der Greifswalder CDU – ohne dies zu kennzeichnen. Dies war besonders prekär, da erst der Druck der Opposition diese Sondersitzung ermöglichte. Das Ansinnen der CDU dies in der eigenen Pressemitteilung zu kaschieren ist verständlich – die reflektionslose Übernahme durch die Zeitung war es nicht.

Ein weiteres Beispiel für einseitige Berichterstattung: „Eine regelrechte Hetzkampagne“ – so bezeichnen die Kritiker die Berichterstattung des Lokalteils nach dem WVG-Verkauf über den ehemaligen Vizepräsidenten des Oberverwaltungs- und Landesverfassungsgerichts Helmut Wolf. Nachdem drei Bürgerschaftsmitglieder Klage vor dem Verwaltungsgericht wegen der für sie offenkundigen Verstöße gegen die Kommunalverfassung erhoben hatten, beauftragten sie den ehemaligen Richter mit ihrer Prozessvertretung.

Am 2. August behauptete die OZ, Wolf habe den Käufer – die KWG AG – „per Brief aufgefordert, die fälligen 60,1 Millionen Euro nicht zu zahlen“. Jörg Hochheim, Mitglied im CDU-Kreisvorstand und Amtsleiter in der Stadtverwaltung, bezeichnet Wolf in der OZ diskriminierend als „starrsinniger Querulant“ und „Wenn mir einer mit Gefängnis oder Millionen-Strafzahlung droht, wird jeder von uns erst mal vorsichtig.“

Doch Wolf hat weder die KWG aufgefordert, den Betrag nicht zu zahlen, noch hat er mit Gefängnis oder Millionenstrafe gedroht. Er wies lediglich auf die Klage der Bürgerschaftsmitglieder hin - eine Verpflichtung, die seiner Meinung nach die Hansestadt Greifswald gehabt hätte.

Das Einholen der Gegenmeinung ist eine journalistische Grundregel. Doch die Lokalredaktion sah keine Veranlassung Wolf zu kontaktieren. Später gestand der Leiter der Lokalredaktion Reinhard Amler gegenüber Herrn Wolf in einem Brief: Die Behauptungen im Artikel waren falsch. Und zu seiner Verteidigung führt er an, dass er den Brief, auf den sich die OZ-Meldung bezieht, nie gesehen habe. Er hätte den Ausführungen des von ihm als integer geschätzten Herrn Hochheim einfach „geglaubt“.

Öffentlich zugeben, wollte man den Fehler jedoch nicht. Die Herrn Wolf gegenüber versprochene Richtigstellung kaschierte der Chefredakteur am 5. August. Hinter einer Pressemeldung der Grünen. Für eine Richtigstellung hätte jedoch laut Pressekodex erkennbar sein müssen, „dass die vorangegangene Meldung ganz oder zum Teil unrichtig war“. Davon war nichts zu lesen. Stattdessen schrieb Lokalchef Amler in einem Kommentar mit der Überschrift „Wirklichkeitsnah“: „Dabei werden wir immer um Sachlichkeit bemüht sein. Aber auch um eine ungeschönte und wirklichkeitsnahe Beschreibung von Zuständen und Stimmungen. Dazu können Zitate dienlich sein“.

Zwei Tage später wird der Jurist Wolf erneut öffentlich angegriffen: Unter der Überschrift „Stadt weist Wolf in die Schranken“ heißt es nun, er habe die Beleidigungen „selbst provoziert“ und der Stadt „großen Schaden zugefügt“. Worin der Schaden bestand, weiß der Redakteur allein. Wolf jedenfalls darf sich wieder nicht äußern. „Sie haben nicht mal versucht, mich anzurufen“, erklärt er gegenüber dem Stadtgespräch.

Damit konfrontiert, reagiert der Leiter der Lokalredaktion sichtlich genervt. Er will sich nicht zu „irgendwelchen Vorwürfen“ äußern: „Wolf kennt doch das politische System hier. Wer die Stadt so massiv angreift, muss damit rechnen, dass er eins auf die Mütze kriegt.“ Zum Schluss die unverholene: „Ich lese, was sie da schreiben und ich weiß mich auch zu verteidigen“.

Doch dies ist scheinbar nur die Spitze eines Eisberges. Die Wut und Enttäuschung über die OZ außerhalb der Greifswalder CDU ist groß. Warum wissen die Leser der Süddeutschen Zeitung mehr über die Wahlkampfspenden des Oberbürgermeisters als OZ-Leser in Greifswald? Nur in einer Pressemitteilung der Grünen wird die Spende thematisiert (23.8.). Die zentrale Forderung, dass die verantwortlichen CDU-Politiker ihre Ämter vorläufig ruhen lassen sollten, findet sich hingegen im lokalen OZ-Artikel nicht. Dass Peter Multhauf (Links-Partei), der wegen des Hinweises auf mögliche Spenden von Schelsky an den Bürgermeister am 5. Mai „wegen Beleidigung“ aus einer Bürgerschaftssitzung geworfen wurde, findet in der OZ-Berichterstattung erst einen Monat später Platz, nachdem das Stadtgespräch darüber berichtete.

Lexikon zu „offenes Geheimnis:

„Als offenes Geheimnis oder auch öffentliches G. wird etwas bezeichnet, das von interessierten Kreisen hätte geheim gehalten werden sollen, aber bereits allgemein bekannt ist.“

wegen des Hinweises auf mögliche Spenden von Schelsky an den Bürgermeister am 5. Mai „wegen Beleidigung“ aus einer Bürgerschaftssitzung geworfen wurde, findet in der OZ-Berichterstattung erst einen Monat später Platz, nachdem das Stadtgespräch darüber berichtete.

„Die großen Themen, wie die Spendenaffäre behandelt der Landesteil – das sind interne Absprachen. Da dürfen wir nichts schreiben“, behauptet ein Lokalredakteur der Greifswalder Ausgabe.

Doch am 25. April ignorierte der Lokalteil im Zusammenhang mit der Adam-Spendenaffäre diese angeblichen internen OZ-Absprachen. Während der Greifswalder CDU-Kreisvorsitzende Egbert Liskow im Landesteil von Ulrich Adam „Kon-

sequenzen“ fordert, druckt die Lokalredaktion am selben Tag eine Solidaritätsbekundung ab: „Der CDU-Kreisverband steht weiter zu Adam“, [...]. Über persönliche Konsequenzen, [...] müsse er selber entscheiden, meinte Liskow.“ Fast scheint es, als würden diese Absprachen nur gelten, wenn es ins Konzept passt.

Ein Stadtpolitiker bestätigt diesen Eindruck: „Die OZ ist eher das Verteidigungsorgan der herrschenden politischen Kräfte.“ Dr. Ulrich Rose von Bündnis 90/Grüne sieht gar die Demokratie gefährdet: „Das große Problem am Greifswalder politischen Diskurs ist, dass dieser nicht existiert. Daran trägt die völlig recherchefreie Berichterstattung der Ostsee-Zeitung ein gerüttelt Maß Mitschuld. Die Lokalzeitung gehört zum schwarzen Block dazu.“

Sebastian Ratjen (FDP) ist zwar nicht zufrieden, hat aber mit der OZ seinen Frieden geschlossen, bedauert jedoch noch immer den Weggang des einstigen Freien Mitarbeiters Alexander Löw. Dieser hat kontrovers, aber objektiv berichtet: „Und selbst wenn es interne Querelen aus meiner Partei waren, das ist es doch, was die Leute an so ein Medium bindet!“

Zwar hindert der Lokalchef Reinhard Amler niemanden, kritische Berichte zu schreiben – sagt einer, der meint ihn zu kennen. Doch persönlich sei ihm ein gänzlich anderes journalistisches Verständnis eigen.

Natürlich fallen besonders Lokalzeitungen selten als Hort des seriösen Recherchejournalismus auf. Doch so hat das Ausmaß der Parteinahme der Greifswalder Zeitung nach meiner Meinung des Autors längst den „üblichen“ und vor allen Dingen vertretbaren, wie erträglichen Rahmen gesprengt.

[Ein Kommentar von Sebastian Jabbusch \(5.9.2008\)](#)

[Veröffentlicht auf www.webmoritz.de](http://www.webmoritz.de)

[Dieser Artikel erschien auch im Greifswalder Stadtmagazin „Stadtgespräch“.](#)

[Der Autor ist u.a. Freier Mitarbeiter der Ostsee-Zeitung.](#)



[Dieser Artikel steht unter der „Creative Commons Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland“ Lizenz.](#)